

## BNN-Interview

# „Das Land darf uns nicht länger alleine lassen“

Stadtwerke-Geschäftsführer Kasprzyk spricht über PFC aus Sicht der Trinkwasserversorger



Entfernt PFC: Das Wasser wird mit Aktivkohle gereinigt. Das belastete Material muss entsorgt werden. Momentan kommt allein der Gebührenzahler für die Kosten auf. Fotos: Oliver Hurst

**Rastatt.** Die PFC-Belastung von Böden und Wasser in Mittelbaden ist enorm, die Suche nach Lösungen dauert an. Währenddessen breiten sich die fluorierten

Chemikalien im Grundwasser weiter aus. BNN-Mitarbeiterin Patricia Klatt sprach mit Olaf Kasprzyk, dem Geschäftsführer der Rastatter Stadtwerke GmbH, über Wünsche und Forderungen der Wasserversorger.

Herr Kasprzyk, die Ausdehnung der belasteten Grundwasseroberfläche steigt kontinuierlich an, mittlerweile ist diese Fläche fast fünfmal so groß wie die der belasteten Böden. Halten Sie die Situation für die Trinkwassergewinnung auch langfristig für beherrschbar?

Kasprzyk: Wir Trinkwasserversorger tun alles, damit unsere Kunden sauberes und gesundheitlich unbedenkliches Trinkwasser jederzeit erhalten. Und das schaffen wir auch in der Zukunft. Gleichwohl: Die Bewältigung der Verunreinigung mit PFC ist eine übergreifende Generationenaufgabe. Um diese Aufgabe sinnvoll zu lösen, braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen, die in abgestimmter Weise einer Gesamtstrategie zur Erreichung eines guten chemischen Zustandes des Grundwassers in unserer Region folgen. Wir rechnen damit, dass es zu weiteren PFC-Funden im Grundwasser kommt, dass es, wie jüngst in Wintersdorf, zu Nutzungseinschränkungen für Brunnennutzer kommt und dass für eine dauerhafte Lösung des Problems in der Raumschaft viel Geld in die Hand genommen werden muss, und zwar auf allen Ebenen.

Aktuell finden Untersuchungen statt, um möglicherweise Bereiche festzulegen, an denen man das Grundwasser reinigen kann. Was wäre denn Ihrer Ansicht nach außerdem dringend erforderlich?

Kasprzyk: Aus meiner Sicht sind folgende Maßnahmen relativ kurzfristig erforderlich: Vorrangregelungen für die Trinkwasserversorger vor der Nutzung für landwirtschaftliche Beregnung, die Einleitung des Riedkanals in die Murg, um den Goldkanal und angrenzende Altrheinzüge gegen Stoffeinträge insbesondere von PFC zu schützen und die Überprüfung und gegebenenfalls die Verdichtung des Messstellennetzes für das Grundwasser, einschließlich eines umfassenden Monitoring-Programms.

Was meinen Sie genau mit Vorrangregelungen für Trinkwasserversorger und Monitoring-Programm?

Kasprzyk: Die Vorrangregelung bezieht sich auf die allgemeine Trinkwasserversorgung, denn für Dürrezeiten müsste es eigentlich schon jetzt Auflagen in den wasserrechtlichen Titeln geben. Und bei den Monitoring-Programmen geht es um den Umfang des Messnetzes, die Dichte des Monitorings und um die Finanzierung dessen für die Zukunft.

Die Stadtwerke haben Aktivkohlefilter zur Reinigung des Rohwassers eingebaut. Diese müssen regelmäßig entsorgt werden, was gibt es diesbezüglich für ein Konzept und wer zahlt diese Folgekosten?

Kasprzyk: Wir entfernen mit der Aufbereitung des Grundwassers PFC aus dem Umweltkreislauf. Die belastete Aktivkohle muss einer finalen Entsorgung zugeführt werden. Daraus soll eine dauerhafte Konzeption entwickelt werden, die auch der Umwelt insgesamt zugutekommt. Hier sehen wir alle Akteure in der Pflicht.

Gleichwohl müssen nach momentanem Stand ausschließlich die Stadtwerke und damit die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler für die Folgekosten geradestehen.

Alle Wasserversorger der Region mussten Maßnahmen zur Rohwasser-Reinigung ergreifen. Sie sind in der Öffentlichkeit mit Ihren Forderungen immer wieder präsent – sprechen Sie da auch für die anderen Wasserversorger? Und wie ist denn dort die Stimmung insgesamt?

Kasprzyk: Die Stadtwerke Rastatt waren als erste von den flächenhaften PFC-Verunreinigungen betroffen und haben deshalb sehr früh angefangen, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen. Wir haben deshalb schon so etwas wie eine Vorreiterrolle. Aber auch die übrigen Wasserversorger in der Region haben in der Zwischenzeit eine hohe Sensibilität für die PFC-bedingten Herausforderungen entwickelt. Im Laufe der Jahre hat sich eine sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen uns und den anderen betroffenen Wasserversorgern entwickelt und wir stimmen uns selbstverständlich in allen entscheidenden Fragen eng miteinander ab. Diese enge Zusammenarbeit hat ihren Niederschlag auch in der Resolution der betroffenen Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten gefunden.

Die Forderung, die PFC in den Bewirtschaftungsplan nach der Wasserrahmen-Richtlinie aufzunehmen, scheint nach dem Besuch des Staatssekretärs des Umweltministeriums,

Andre Baumann, ja erst einmal „vom Tisch“ zu sein. Sehen Sie das auch so?

Kasprzyk: Für uns ist die Forderung definitiv noch nicht vom Tisch. Allein das Land hat lediglich erklärt, ihr weiterhin nicht entsprechen zu wollen. Wir halten aber gleichwohl an unserer Rechtsposition fest. Der Gewässer-Bewirtschaftungsplan ist bundesweit das geeignete Mittel, um eine Gesamtstrategie im Kampf gegen die PFC-Verunreinigungen festzulegen, einzelne Maßnahmen konkret umzusetzen und diese Umsetzung zu steuern. Er ist auch so von der EU angelegt. Es ist denkbar, dass eine Aufnahme der PFC-Verunreinigungen in den Bewirtschaftungsplan eine Veränderung der Prioritäten in der Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen nach sich zieht. Wie Sie wissen, schaut derzeit die gesamte Bundesrepublik und sogar die EU-Kommission gespannt auf den Fortgang unserer juristischen Diskussionen. Allerdings hoffen wir nach wie vor, dass diese Differenzen gütlich beigelegt werden können. Vorstellbar wäre, dass ein gemeinsames Vorgehen eine europaweite Blaupause für solche großen Gewässerverunreinigungen werden könnte.

Welches Resümee ziehen Sie persönlich aus dem Besuch des Staatssekretärs und hat es den Trinkwasserversorgern generell geholfen?

Kasprzyk: Nach Auskunft der Beteiligten verlief das Gespräch mit den kommunalen Vertretern offen und in weitgehend positiver Atmosphäre. Der Besuch des Staatssekretärs insgesamt hat außerdem dazu beigetragen, das Bewusstsein für die Tragweite des

Problems weiter zu schärfen. Allerdings wird es darauf ankommen, diesen Ansatz zum Nutzen der Region und der Umwelt künftig weiter auszubauen, denn das Land darf uns nicht länger alleine lassen.